



BFS Aktuell

Sperrfrist: 15.07.2014, 9:15

20 Wirtschaftliche und soziale Situation
der Bevölkerung

Neuchâtel, Juli 2014

Armut in der Schweiz

Ergebnisse 2007 bis 2012

Auskunft:

Martina Guggisberg, BFS, Sektion Sozialanalysen, Tel. 058 463 62 38

Stephan Häni, BFS, Sektion Sozialanalysen, Tel. 058 463 62 95

E-Mail: info.sozan@bfs.admin.ch

Bestellnummer: 851-1200

Armut in der Schweiz

Gemäss den neuesten Ergebnissen des Bundesamtes für Statistik (BFS) waren 2012 in der Schweiz 590'000 Personen von Einkommensarmut betroffen, davon rund 130'000 Erwerbstätige. Weiter waren rund 1,19 Millionen Personen armutsgefährdet, und rund 280'000 Personen wiesen in mindestens drei von neun Lebensbereichen einen finanziell bedingten Mangel auf. Nach allen verwendeten Konzepten sind Alleinerziehende, Personen mit geringer Bildung und Personen in Haushalten mit geringer Arbeitsmarktteilnahme besonders betroffen.

Wie in der Armutsforschung üblich, werden nachfolgend verschiedene Konzepte zur Bestimmung von Armut verwendet. Das absolute Armutskonzept («Armut») basiert auf einer Armutsgrenze in Höhe des sozialen Existenzminimums. Es wird ergänzt durch das international gängige relative Armutskonzept («Armutgefährdung»). Um auch nicht monetäre Aspekte der Armut erfassen zu können, wird weiter ein ebenfalls europäisch definierter Indikator zur Messung der materiellen Entbehrung verwendet. Die drei Ansätze der Armutserfassung werden in den jeweiligen Abschnitten ausführlicher erklärt.

Ein besonderer Fokus liegt zudem jeweils auf der **erwerbstätigen Bevölkerung**. Diese umfasst nachfolgend Personen ab 18 Jahren, die im Vorjahr der Erhebung gemäss eigener Einschätzung mehrheitlich angestellt oder selbstständig erwerbend waren. Dabei werden sowohl Vollzeit- als auch Teilzeit-Tätigkeiten berücksichtigt.

Armut (absolutes Konzept)

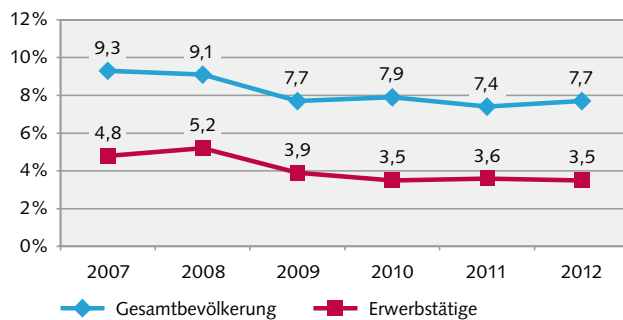
Die **Armutquote** basiert auf einer «absoluten» Schwelle: Als arm gelten demnach Personen, die nicht über die finanziellen Mittel verfügen, um die für ein gesellschaftlich integriertes Leben notwendigen Güter und Dienstleistungen zu erwerben. Eine so definierte Armutquote eignet sich als sozialpolitische Zielgrösse, da sich die finanzielle Unterstützung armer Personen oder Haushalte direkt in einer messbaren Reduktion der Armut niederschlägt. Die verwendete Armutsgrenze leitet sich von den Richtlinien der Schweizerischen Konferenz für Sozialhilfe (SKOS) ab, welche in der Schweiz als Bemessungsgrundlage für den Sozialhilfebezug breite Verwendung finden. Sie setzt sich zusammen aus einem Pauschalbetrag für den Lebensunterhalt, den individuellen Wohnkosten sowie monatlich 100 Franken pro Person ab 16 Jahren für weitere Auslagen.

Bei 7,7% der Bevölkerung lag das verfügbare Haushaltseinkommen¹ 2012 unterhalb der absoluten Armutsgrenze. Jede 13. Person in der Schweiz war somit von Einkommensarmut betroffen. Dies entspricht rund 590'000 Personen. Im Vergleich zum Vorjahr (7,4%) hat sich die Armutquote nicht deutlich verändert. Seit Beginn der Datenerhebung 2007 hat die Armut in der Schweiz hingegen um 1,6 Prozentpunkte abgenommen. Die Armutquote der Erwerbstätigen ging in derselben Zeit um 1,3 Prozentpunkte von 4,8% auf 3,5% zurück (vgl. G 1).

¹ Das verfügbare Haushaltseinkommen wird berechnet, indem man vom Bruttohaushaltseinkommen die obligatorischen Ausgaben, d.h. Sozialversicherungsbeiträge, Steuern, Krankenkassenprämien für die Grundversicherung, Alimente und andere zu leistende Unterhaltsbeiträge abzieht. Das Bruttohaushaltseinkommen fasst alle Einkommen sämtlicher Mitglieder eines Privathaushalts zusammen (Einkommen aus unselbstständiger und selbstständiger Erwerbstätigkeit, Renten und Sozialtransfers, Vermögenserträge usw.). Im Einkommen nicht berücksichtigt sind hingegen allfällige Vermögensbestände.

Die Armutsquote reagiert mit einiger Verzögerung auf die positive Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt und die gute Wirtschaftslage in den Jahren vor 2009. Die Rezession 2009 und der damit verbundene kurzfristige Anstieg der Arbeitslosigkeit hatten hingegen offenbar keinen dauerhaften Einfluss auf die Entwicklung der Einkommensarmut in der Schweiz.

Entwicklung der Armutsquote, Gesamtbevölkerung und Erwerbstätige, 2007–2012 G 1



Erwerbstätige sind hier definiert als Personen ab 18 Jahren, die im Vorjahr der Erhebung während mehr als der Hälfte der Monate einer selbstständigen oder unselbstständigen Erwerbstätigkeit nachgingen (häufigster Erwerbsstatus).

Quelle: BFS – Erhebung über die Einkommen und die Lebensbedingungen SILC, ohne fiktive Miete

© BFS 2014

2012 lag die Armutsgrenze für eine Einzelperson bei durchschnittlich rund 2200 Franken pro Monat und für zwei Erwachsene mit zwei Kindern bei rund 4050 Franken (vgl. T 1). Von diesem Betrag müssen der allgemeine Lebensunterhalt (Nahrungsmittel, Kleidung, Hygiene, Mobilität, Unterhaltung etc.) sowie die Wohnkosten und Versicherungen bezahlt werden. Nicht berücksichtigt sind darin jedoch die Kosten für die obligatorische Krankenversicherung, da diese gemäss internationaler Standards bereits bei der Berechnung des verfügbaren Einkommens abgezogen werden.²

Die einkommensarme Bevölkerung kann nach verschiedenen soziodemografischen Merkmalen charakterisiert werden (vgl. G 2). Als zentral erweist sich dabei die höchste abgeschlossene Ausbildung: Personen ohne nachobligatorische Schulbildung sind fast doppelt so häufig arm wie jene mit einem Abschluss auf Sekundarstufe II (13,9% gegenüber 7,3%). Die geringste Armutsbetroffenheit zeigen Personen mit einem Universitäts- oder Fachhochschulabschluss (Tertiärstufe 4,5%).

² Die SKOS weist die Armutsgrenzen hingegen inkl. Krankenkassenprämien aus (vgl. http://www.skos.ch/store/pdf_d/publikationen/grundlagendokumente/Armutsgrenze.pdf).

T 1 Durchschnittliche Armutsgrenzen ausgewählter Haushaltstypen, 2012, in Franken pro Monat

Haushaltstyp	Grundbedarf	Durchschnittliche angerechnete Wohnkosten	Betrag für weitere Auslagen	Durchschnittliche Armutsgrenze ¹ (gerundet)
Einzelperson	977	1132	100	2200
Einelfernfamilie mit 2 Kindern < 14 Jahren	1818	(1569)	100	(3500)
2 Erwachsene ohne Kinder	1495	1368	200	3050
2 Erwachsene mit 2 Kindern < 14 Jahren	2090	1745	200	4050

¹ Nationale Durchschnittswerte; für die Berechnung der Armutskennzahlen werden individuelle Armutsgrenzen verwendet. Mit diesem Betrag werden der Grundbedarf, die Wohnkosten und weitere Auslagen wie Versicherungsprämien etc. abgedeckt. In der Armutsgrenze nicht enthalten sind hingegen die Krankenkassenprämien, da sie bereits vorher vom Einkommen abgezogen werden.

(x) Die Werte in Klammern beruhen auf geringen Fallzahlen und sind deshalb mit Vorsicht zu interpretieren.

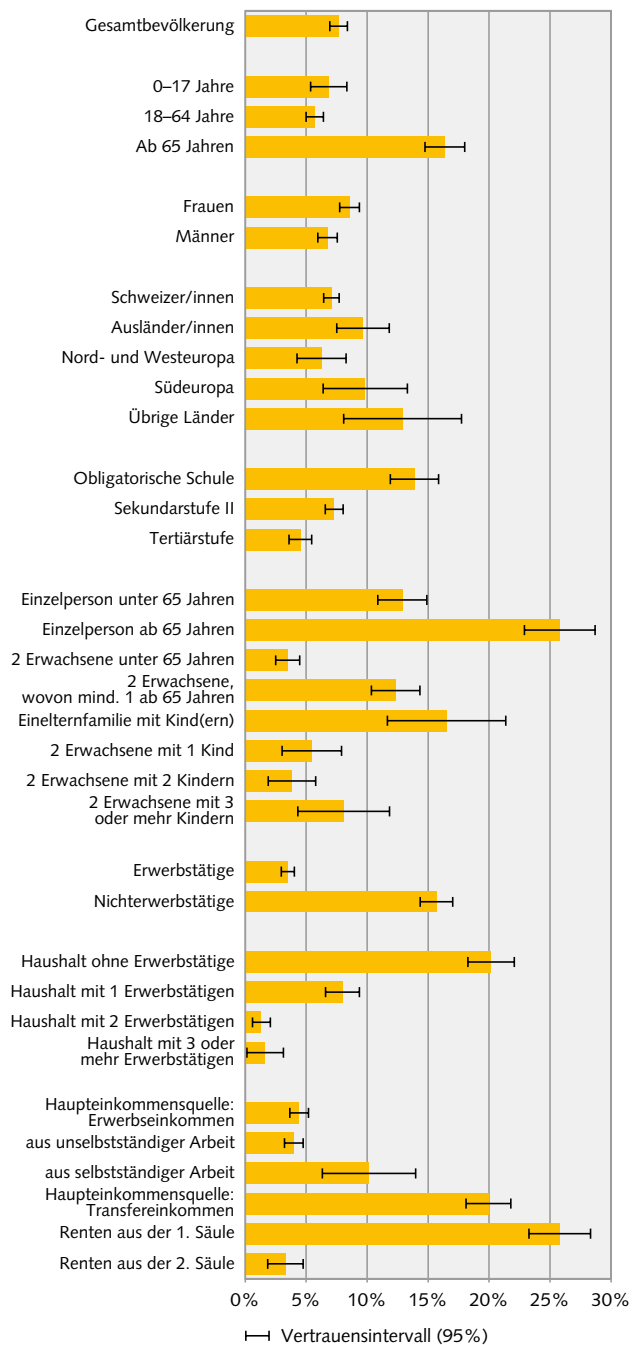
Quelle: BFS, Erhebung über die Einkommen und die Lebensbedingungen SILC, Version 14.04.2014, ohne fiktive Miete

Die Armutsquote der Frauen liegt mit 8,6% über derjenigen der Männer (6,8%).

Personen ab 65 Jahren weisen ebenfalls eine überdurchschnittlich hohe Armutsquote auf (16,4%). Dabei gilt es allerdings zu beachten, dass hier nur die Einkommensarmut ohne allfällige Vermögensbestände betrachtet wird. Gerade Personen ab 65 Jahren greifen jedoch häufiger auf Vermögen zurück, um ihre laufenden Ausgaben zu bestreiten (16,6% gegenüber 4,1% der Personen im Erwerbsalter). Rund drei Viertel aller einkommensarmen Seniorinnen und Senioren verfügen über liquide Mittel von mehr als 10'000 Franken, und ein Drittel sogar über mehr als 100'000 Franken. Bei den Personen zwischen 18 und 64 Jahren liegen die entsprechenden Anteile mit ca. 40% und 10% deutlich tiefer.³ Die Armutsquote der Personen im Rentenalter sollte deshalb nur mit Vorsicht interpretiert werden (vgl. dazu auch die Analysen zur materiellen Entbehrung, S. 7).

³ Diese Auswertungen wurden auf Basis von SILC 2011 erstellt, da in diesem Jahr einmalig detaillierte Angaben zum Vermögen enthalten sind (vgl. auch den Bericht «Vermögenslage der privaten Haushalte – Vermögensdefinitionen, Datenlage und Datenqualität», BFS 2014). Liquide Mittel entsprechen den Guthaben auf Bank- und Postkonti sowie dem Wert von Aktien, Obligationen, Anlagefonds etc. (Bruttowerte).

Armutsquoten nach verschiedenen Merkmalen, 2012 G 2



Ergebnisse aus einer Personenverteilung; die Haushaltsvariablen beziehen sich auf Personen, die in Haushalten mit solchen Merkmalen wohnen. Die Variablen zu Bildung und Arbeitsmarkt werden nur für Personen ab 18 Jahren erhoben. Als Kinder gelten alle Personen unter 18 Jahren sowie nichterwerbstätige Personen im Alter von 18-24 Jahren, die bei ihrem Vater und/oder ihrer Mutter leben. Erwerbstätige sind hier definiert als Personen ab 18 Jahren, die im Vorjahr der Erhebung während mehr als der Hälfte der Monate einer selbstständigen oder unselbstständigen Erwerbstätigkeit nachgingen (häufigster Erwerbsstatus). Es werden nur Untergruppen mit mindestens 200 Beobachtungen in der Stichprobe und einem Vertrauensintervall von maximal $\pm 10\%$ ausgewiesen.

Mithilfe der Vertrauensintervalle lässt sich bestimmen, ob die beobachteten Unterschiede statistisch signifikant sind. Beispiel: Die Armutsquote der Männer betrug 6,8% ($\pm 0,8$), diejenige der Frauen 8,6% ($\pm 0,8$). Die Vertrauensintervalle dieser zwei Gruppen betragen 6,0% bis 7,6% bzw. 7,8% bis 9,4% und überschneiden sich nicht. Der beobachtete Unterschied ist somit statistisch signifikant.

Quelle: BFS – Erhebung über die Einkommen und die Lebensbedingungen SILC, Version 14.04.2014, ohne fiktive Miete © BFS 2014

Unterscheidet man nach der Haushaltsform, sind Personen in Einelternfamilien (16,5%) besonders häufig von Armut betroffen. Auch alleinlebende Personen sind häufiger arm als die Gesamtbevölkerung: Die Armutsquote ist sowohl bei Einzelpersonen unter 65 Jahren (12,9%) als auch bei Einzelpersonen ab 65 Jahren (25,8%) erhöht. Wenn noch eine zweite erwachsene Person im selben Haushalt lebt, steigt die Armutsbetroffenheit der Personen unter 65 Jahren hingegen ungeachtet der Anzahl Kinder nicht deutlich über den Durchschnitt an (kein Kind: 3,5%, 1 Kind: 5,5%, 2 Kinder: 3,8%, 3 Kinder: 8,1%).

Ein weiterer wichtiger Einflussfaktor der Armutsbetroffenheit ist die Arbeitsmarktteilnahme der erwachsenen Personen im Haushalt. So sind erwerbstätige Personen deutlich seltener von Armut betroffen (3,5%) als nichterwerbstätige Personen (15,7%). Personen in Haushalten, in denen keine Person erwerbstätig ist, weisen mit 20,2% erwartungsgemäss die höchste Armutsquote auf. Bei nur einer erwerbstätigen Person im Haushalt reduziert sich die Armutsquote auf 8,0% und bei zwei Erwerbstätigen sogar auf 1,3%.

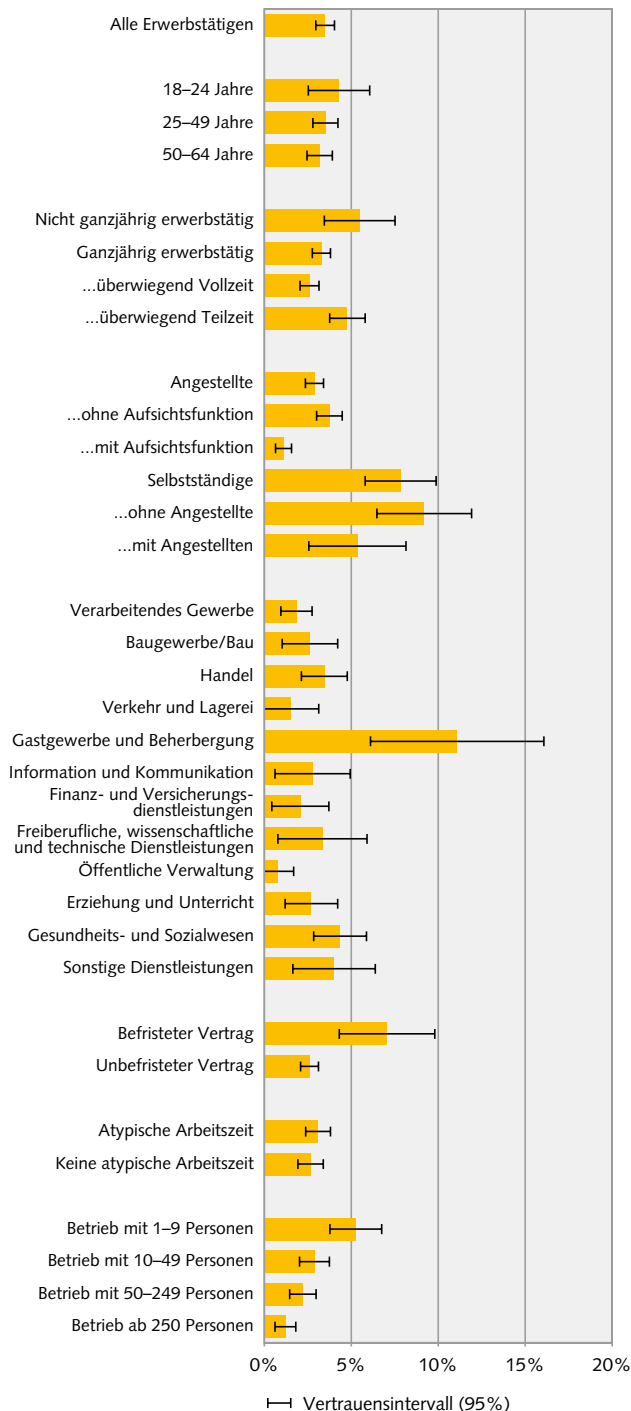
Personen in Haushalten, die ihren Lebensunterhalt überwiegend mit Erwerbseinkommen sicherstellen können, sind mit 4,4% relativ selten von Einkommensarmut betroffen. Besteht das Haushaltseinkommen hingegen hauptsächlich aus Transferleistungen (Renten, Sozialleistungen etc.), liegt die Armutsquote mit 20,0% deutlich über dem Durchschnitt. Hier zeigen sich bei weiterer Detaillierung markante Unterschiede: So sind Personen mit Haupteinkommen aus der 2. Säule deutlich weniger häufig von Einkommensarmut betroffen (3,3%) als jene mit Einkommen, die überwiegend aus der 1. Säule stammen (25,8%).

Obwohl die Integration in den Arbeitsmarkt einen wirksamen Schutz vor Armut darstellt, waren 2012 3,5% der Erwerbstätigen oder knapp 130'000 Personen von Armut betroffen. Dabei zeigen sich bei genauerer Betrachtung erhebliche Unterschiede (vgl. G 3):

Personen, die ganzjährig erwerbstätig waren, sind tendenziell seltener einkommensarm als Personen, die nur einen Teil des Jahres einer Erwerbstätigkeit nachgingen (3,3% gegenüber 5,5%). Bei den ganzjährig Erwerbstätigen wird weiter nach dem Erwerbsumfang unterschieden. Überwiegend Teilzeiterwerbstätige sind dabei fast doppelt so häufig einkommensarm wie überwiegend Vollzeiterwerbstätige (4,8% gegenüber 2,6%).

Armutsquoten der Erwerbstätigen nach verschiedenen Merkmalen, 2012

G 3



Ergebnisse aus einer Personenverteilung; die Haushaltsvariablen beziehen sich auf Personen, die in Haushalten mit solchen Merkmalen wohnen. Erwerbstätige sind hier definiert als Personen ab 18 Jahren, die im Vorjahr der Erhebung während mehr als der Hälfte der Monate einer selbstständigen oder unselbstständigen Erwerbstätigkeit nachgingen (häufigster Erwerbsstatus). Als atypische Arbeitszeiten werden Nacht- und Wochenendarbeit sowie fremdbestimmte wechselnde Arbeitszeiten bezeichnet. Es werden nur Untergruppen mit mindestens 200 Beobachtungen in der Stichprobe und einem Vertrauensintervall von maximal $\pm 10\%$ ausgewiesen.

Quelle: BFS – Erhebung über die Einkommen und die Lebensbedingungen SILC, Version 14.04.2014, ohne fiktive Miete © BFS 2014

Selbstständigerwerbende sind mit 7,8% deutlich häufiger einkommensarm als Angestellte (2,9%). Da die Erfassung der Einkommen bei Selbstständigen mit methodischen Schwierigkeiten verbunden ist, sind diese Ergebnisse jedoch mit Vorsicht zu interpretieren.⁴ Unter den Selbstständigen sind jene ohne Angestellte tendenziell häufiger von Einkommensarmut betroffen als solche mit Angestellten (9,2% gegenüber 5,4%).

Nach Wirtschaftszweigen⁵ zeigt sich eine etwas höhere Armutsbetroffenheit von Erwerbstätigen, die im Gastgewerbe tätig sind (11,1%). Vergleichsweise tiefe Quoten werden dagegen in den Bereichen Verarbeitendes Gewerbe (1,8%), Verkehr und Lagerei (1,6%) sowie der öffentlichen Verwaltung (0,8%) erzielt.

Weiter sind Arbeitnehmende in befristeten Vertragsverhältnissen (7,1%) sowie jene in kleinen Unternehmen (5,3%) häufiger einkommensarm als ihre jeweiligen Vergleichsgruppen.

Armutsgefährdung (relatives Konzept)

Die **Armutsgefährdungsquote** basiert auf einer «relativen» Schwelle: Als armutsgefährdet gelten Personen mit einem verfügbaren Äquivalenzeinkommen⁶, das deutlich unter dem üblichen Einkommensniveau in dem betreffenden Land liegt. Armut wird somit als eine Form der Ungleichheit betrachtet: Ob eine Person als armutsgefährdet gilt, hängt nicht allein von ihrer eigenen wirtschaftlichen Situation ab (resp. derjenigen ihres Haushalts), sondern auch vom landesspezifischen Wohlstandsniveau. Vereinbarungsgemäss setzt die Europäische Union die Armutsgefährdungsgrenze bei 60% des Medians des verfügbaren Äquivalenzeinkommens an.

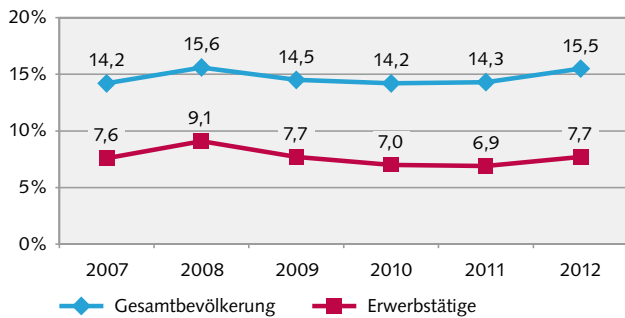
2012 waren 15,5% ($\pm 0,9$) der Bevölkerung oder rund 1'190'000 Personen armutsgefährdet. Gegenüber dem Vorjahr (14,3%) ist dieser Wert zwar leicht gestiegen, der Unterschied liegt jedoch innerhalb der statistischen Schwankungsbreite. Seit 2007 lag die Armutsgefährdungsquote stets zwischen 14,2% bis 15,6% und hat sich somit nicht deutlich verändert (vgl. G 4).

⁴ Für weitere Informationen dazu vgl. BFS (2012).

⁵ Aufgrund geringer Fallzahlen können für einige Wirtschaftszweige keine Armutsquoten ausgewiesen werden.

⁶ Das verfügbare Äquivalenzeinkommen wird anhand des verfügbaren Haushaltseinkommens inkl. fiktive Miete (ohne allfällige Vermögensbestände, vgl. BFS 2012) berechnet, indem die Grösse und Zusammensetzung der Haushalte berücksichtigt wird. Dem ältesten Haushaltsmitglied wird dabei das Gewicht 1 zugewiesen, jeder weiteren Person ab 14 Jahren das Gewicht 0,5 und jedem Kind unter 14 Jahren das Gewicht 0,3 (modifizierte OECD-Skala). Damit wird den Einsparungen Rechnung getragen, die sich aus dem gemeinsamen Wirtschaften eines Haushalts mit mehreren Personen ergeben.

Entwicklung der Armutsgefährdungsquote, Gesamtbevölkerung und Erwerbstätige, 2007–2012 G 4



Erwerbstätige sind hier definiert als Personen ab 18 Jahren, die im Vorjahr der Erhebung während mehr als der Hälfte der Monate einer selbstständigen oder unselbstständigen Erwerbstätigkeit nachgingen (häufigster Erwerbsstatus).

Quelle: BFS – Erhebung über die Einkommen und die Lebensbedingungen SILC, inkl. fiktive Miete © BFS 2014

Die Armutsgefährdungsquote der erwerbstätigen Bevölkerung lag mit 7,7% ($\pm 0,7$) gerade halb so hoch wie diejenige der Gesamtbevölkerung. Insgesamt verfügten fast 280'000 Erwerbstätige über ein Äquivalenzeinkommen unterhalb der Armutsgefährdungsgrenze. Die Armutsgefährdungsquote der Erwerbstätigen liegt (bis auf einen etwas höheren Wert 2008) jeweils im Bereich von 6,9% bis 7,7%.

Die Armutsgefährdungsgrenze betrug im Jahr 2012 rund 2500 Franken pro Monat für eine Einzelperson. Für zwei Erwachsene mit zwei Kindern waren es 5250 Franken (vgl. T 2).

T2 Armutsgefährdungsgrenzen ausgewählter Haushaltstypen, 2012, in Franken pro Monat

Haushaltstyp	Armutsgefährdungsgrenze bei 60% des Medians (gerundet)
Einzelperson	2500
Einelternefamilie mit 2 Kindern unter 14 Jahren	4000
2 Erwachsene ohne Kinder	3750
2 Erwachsene mit 2 Kindern unter 14 Jahren	5250

Die Berechnung der Armutsgefährdungsgrenzen für die verschiedenen Haushaltstypen erfolgt anhand der modifizierten OECD-Äquivalenzkala.

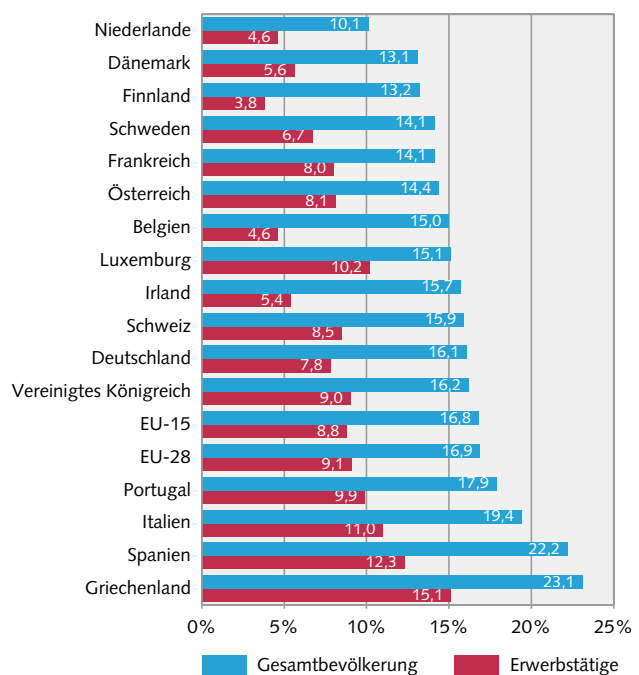
Quelle: BFS, Erhebung über die Einkommen und die Lebensbedingungen SILC, Version 14.04.2014, inkl. fiktive Miete

Risikogruppen sind hier im Vergleich zum absoluten Armutskonzept zusätzlich Kinder (18,0%) und kinderreiche Familien (25,2%) sowie Personen ausländischer Nationalität (21,9%). Alleinlebende Erwachsene unter 65 Jahren (15,6%) sind dafür beim relativen Konzept nicht überdurchschnittlich von Armut bedroht.

Im europäischen Vergleich liegt die Armutsgefährdungsquote der Schweiz mit 15,9% unter dem Durchschnitt der Europäischen Union (EU-28) von 16,9%.⁷ Von den direkten Nachbarländern weist jedoch nur Italien eine höhere Quote auf (19,4%). In den übrigen Nachbarländern sind die Armutsgefährdungsquoten vergleichbar oder geringer (Deutschland 16,1%, Österreich 14,4%, Frankreich 14,1%). Dabei gilt es zu beachten, dass in der Schweiz aufgrund des hohen Medianeinkommens eine der europaweit höchsten Armutsgefährdungsgrenzen zur Anwendung kommt.

Für die erwerbstätige Bevölkerung zeigt sich ein ähnliches Bild (vgl. G 5).

Armutsgefährdungsquoten im europäischen Vergleich, Gesamtbevölkerung und Erwerbstätige, 2012 G 5



Die EU-15 («alte» Mitgliedstaaten) umfasst die hier abgebildeten Länder (ausser Schweiz), die EU-28 die Länder AT, BE, BG, CY, CZ, DE, DK, EE, EL, ES, FI, FR, HR, HU, IR, IT, LT, LU, LV, MT, NL, PL, PT, RO, SE, SI, SK, UK.

Quelle: EU-SILC – Eurostat (Stand 24.06.2014), ohne fiktive Miete © BFS 2014

⁷ Das statistische Amt der europäischen Union publiziert die Armutsgefährdungsquoten ohne fiktive Mieten, da diese nicht von allen beteiligten Ländern berechnet werden. Der genannte Wert weicht deshalb leicht von der bisherigen Angabe ab.

Materielle Entbehrung

Mit Informationen zur materiellen Entbehrung können auch nicht monetäre Aspekte der Armut untersucht werden. Die **Quote der materiellen Entbehrung** wird beschrieben als finanziell bedingter Mangel in mindestens drei von neun europaweit koordinierten Kategorien: in der Lage sein, innerhalb eines Monats unerwartete Ausgaben in der Höhe von 2000 Franken zu tätigen; in der Lage sein, eine Woche Ferien pro Jahr weg von zu Hause zu finanzieren; keine Zahlungsrückstände⁸; in der Lage sein, jeden zweiten Tag eine fleisch- oder fischhaltige Mahlzeit (oder vegetarische Entsprechung) zu haben; in der Lage sein, die Wohnung ausreichend zu heizen; im Besitz einer Waschmaschine sein (oder Zugang zu einer Waschmaschine haben); im Besitz eines Farbfernsehers sein; im Besitz eines Telefons sein; im Besitz eines Autos sein.

Im Jahr 2012 wiesen rund 280'000 Personen oder 3,6% ($\pm 0,6$) der Schweizer Wohnbevölkerung in mindestens drei von neun Lebensbereichen einen finanziell bedingten Mangel auf. Bei den Erwerbstätigen betrug die Quote der materiellen Entbehrung 2,3% ($\pm 0,5$). Dies entspricht rund 80'000 Personen.

Im Vergleich zu den Jahren 2007 bis 2010 liegen die Quoten der materiellen Entbehrung 2011 und 2012 markant tiefer (vgl. G 6). Dies hängt primär damit zusammen, dass 2011 einige Fragen zur besseren internationalen Vergleichbarkeit neu formuliert wurden.⁹ Die Jahre 2011 und 2012 sind somit nicht direkt mit den Vorjahren vergleichbar.

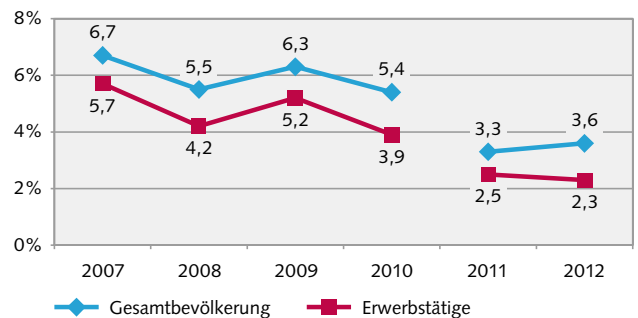
Die wichtigsten Risikogruppen der materiellen Entbehrung sind wiederum Alleinerziehende (11,5%), Einzelpersonen unter 65 Jahren (7,4%), Personen mit geringer Bildung (7,2%), Personen in Haushalten ohne Arbeitsmarktaktivität (15,7%) sowie Ausländerinnen und Ausländer (6,3%). Kinderreiche Familien sind hingegen trotz einer Quote von 7,2% nur tendenziell stärker von materieller Entbehrung betroffen als die Gesamtbevölkerung.¹⁰ Personen im Rentenalter weisen mit 1,7% sogar eine deutlich geringere materielle Entbehrung auf als die übrigen Altersgruppen.

⁸ Zahlungsrückstände bei den Krankenkassenprämien sind hier nicht berücksichtigt.

⁹ Die grössten Auswirkungen sind bei der Frage zur Heizung der Wohnung festzustellen: Ab 2011 wird gefragt, ob man aus finanziellen Gründen keine Möglichkeit hat, dafür zu sorgen, dass die Wohnung eine angenehme Temperatur hat. Bis 2010 erfasste die Frage einzig, ob man eine unzureichend geheizte Wohnung hat, ohne aber zu unterscheiden, ob es sich um finanzielle oder technische Gründe handelt. Nach der Neuformulierung der Frage hatten 2011 nur noch 0,8% der Befragten in diesem Bereich Probleme, während es in den Vorjahren jeweils mindestens 7% gewesen waren.

¹⁰ Das Vertrauensintervall ist hier mit $\pm 3,8$ recht gross. Ein Lesebeispiel zu Vertrauensintervallen ist in G 2 zu finden.

Entwicklung der Quote der materiellen Entbehrung, Gesamtbevölkerung und Erwerbstätige, 2007–2012 G 6



Weil einige Fragen neu formuliert wurden, sind die Werte ab 2011 nicht mehr direkt mit den Vorjahren vergleichbar. Erwerbstätige sind hier definiert als Personen ab 18 Jahren, die im Vorjahr der Erhebung während mehr als der Hälfte der Monate einer selbstständigen oder unselbstständigen Erwerbstätigkeit nachgingen (häufigster Erwerbsstatus).

Quelle: BFS – Erhebung über die Einkommen und die Lebensbedingungen SILC

© BFS 2014

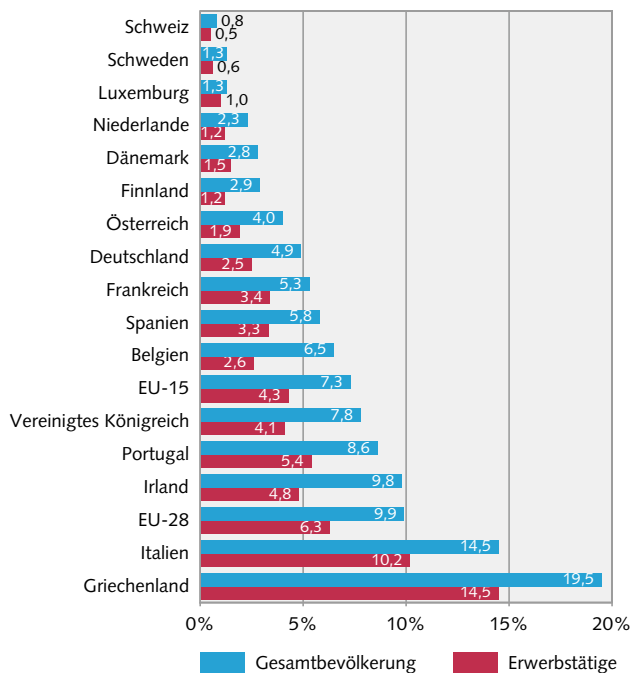
Auch Selbstständigerwerbende haben trotz erhöhter Einkommensarmutsquoten (vgl. S. 5) einen eher höheren materiellen Lebensstandard als die übrigen Erwerbstätigen (1,2% gegenüber 2,3%), wobei die Selbstständigen ohne Angestellte tendenziell schlechter gestellt sind als diejenigen mit Angestellten (1,4% gegenüber 0,7%). Erwerbstätige sind zudem öfter von materieller Entbehrung betroffen, wenn sie im Gastgewerbe beschäftigt sind (6,1%), in der Nacht und/oder am Wochenende arbeiten (3,1%) und in kleinen Betrieben tätig sind (3,4%).

Um die materielle Entbehrung international vergleichen zu können, wird die von Eurostat publizierte Quote der erheblichen materiellen Entbehrung verwendet (Mangel in mindestens vier von neun Lebensbereichen, vgl. G 7). Dabei weist die Schweiz mit 0,8% die niedrigste Quote aller Länder auf. Damit liegt sie deutlich unter dem europäischen Durchschnitt (EU-28: 9,9%) und auch unter den Quoten der direkten Nachbarländer Österreich (4,0%), Deutschland (4,9%), Frankreich (5,3%) und Italien (14,5%).

Auch bei den Erwerbstätigen ist die Quote der erheblichen materiellen Entbehrung der Schweiz im europäischen Vergleich sehr tief (0,5% gegenüber 6,3% der EU-28).

Quoten der erheblichen materiellen Entbehrung im europäischen Vergleich, Gesamtbevölkerung und Erwerbstätige, 2012

G 7



Die EU-15 («alte» Mitgliedstaaten) umfasst die hier abgebildeten Länder (ausser Schweiz), die EU-28 die Länder AT, BE, BG, CY, CZ, DE, DK, EE, EL, ES, FI, FR, HR, HU, IR, IT, LT, LU, LV, MT, NL, PL, PT, RO, SE, SI, SK, UK.

Quelle: EU-SILC, Eurostat (Stand 24.06.2014)

© BFS 2014

Weiterführende Informationen des BFS

Statistikportal: www.statistik.ch → Themen → 20–Wirtschaftliche und soziale Situation der Bevölkerung → Lebensstandard, soziale Situation und Armut

Konzepte, Methoden und Definitionen:

BFS (2012): Armut in der Schweiz: Konzepte, Resultate und Methoden. Ergebnisse auf der Basis von SILC 2008 bis 2010. Neuchâtel: BFS, Bestellnummer: 851-1001.

Die Erhebung über die Einkommen und die Lebensbedingungen (SILC)

Die vorliegende Analyse basiert auf der europaweit koordinierten Erhebung SILC (Statistics on Income and Living Conditions), die in über 30 Ländern durchgeführt wird. Ziel der Erhebung ist die Untersuchung der Einkommensverteilung, der Armut, der sozialen Ausgrenzung und der Lebensbedingungen anhand von europaweit vergleichbaren Indikatoren. In der Schweiz basiert die Erhebung auf einer Stichprobe von rund 7000 Haushalten mit etwas über 17'000 Personen, die mit einem Zufallsverfahren aus dem BFS-Register der privaten Telefonanschlüsse gezogen werden. Grundgesamtheit ist die ständige Wohnbevölkerung in Privathaushalten. Die an der Erhebung teilnehmenden Personen werden während vier aufeinanderfolgenden Jahren befragt. Auf diese Weise können wesentliche Veränderungen der Lebensverhältnisse einzelner Personen beschrieben und die Entwicklung der Lebensbedingungen untersucht werden.